

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Die Vorsitzende
Dr. Angela Merkel

Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon: 030 / 220 70 - 120
Telefax: 030 / 220 70 - 125
E-Mail: angela.merkel@cdu.de
Internet: www.cdu.de

Christlich-Soziale Union in Bayern

Der Vorsitzende
Dr. Edmund Stoiber

Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon: 089 / 12 43 - 215
Telefax: 089 / 12 43 - 216
E-Mail: Edmund.Stoiber@csu-bayern.de
Internet: www.csu.de

Herrn Premierminister Dominique de Villepin, Frankreich
Herrn Ministerpräsidenten Dr. Kostas Karamanlis, Griechenland
Herrn Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, Italien
Herrn Ministerpräsidenten Aigars Kalvītis, Lettland
Herrn Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker, Luxemburg
Herrn Ministerpräsidenten Dr. Lawrence Gonzi, Malta
Herrn Ministerpräsidenten Dr. Jan Peter Balkenende, Niederlande
Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Österreich
Herrn Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda, Slowakische Republik
Herrn Ministerpräsidenten Janez Janša, Slowenien

Herrn Außenminister Cyril Svoboda, Tschechische Republik

Nachrichtlich:

*Herrn Präsidenten des Europäischen Rates
Premierminister Tony Blair*

*Herrn Präsidenten der Europäischen Kommission
Dr. José Manuel Durão Barroso*

Berlin/München,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Europäische Rat hat die Kommission auf seiner Tagung am 16./17. Dezember 2004 aufgefordert, einen Vorschlag für einen Verhandlungsrahmen mit der Türkei zu unterbreiten und den Rat ersucht, sich über diesen Verhandlungsrahmen zu verständigen, damit die Verhandlungen am 3. Oktober 2005 aufgenommen werden können. Der von der Kommission vorgelegte Entwurf sieht bislang den Beitritt der Türkei als alleiniges Verhandlungsziel vor.

Der Rat hat sich in seiner letzten Tagung am 18. Juli 2005 nicht auf diesen Rahmen einigen können, sondern beschlossen, die Beratungen beim informellen Treffen der Außenminister am 1./2. September 2005 in Celtic Manor fortzusetzen. Im Vorfeld hierzu ist der Ausschuss der Ständigen Vertreter für den 31. August 2005 bereits zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden. Dies gibt Anlass, Ihnen unsere Überlegungen hierzu darzulegen, von denen wir wissen, dass sie von einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung wie auch von der Bevölkerung anderer Mitgliedstaaten geteilt werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine Aufnahme der Türkei die EU politisch, wirtschaftlich und sozial überfordern und den europäischen Integrationsprozess gefährden würde. Auch sollten wir bedenken, dass die Zukunft der Europäischen Union auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Die fortdauernde Weigerung der Türkei, mit der Republik Zypern einen Mitgliedstaat überhaupt völkerrechtlich anzuerkennen, ist eine starke Belastung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben in dieser Frage ihrerseits bislang ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft dadurch gezeigt, dass sie die völkerrechtswidrige Besetzung des nördlichen Hoheitsgebiets der Republik Zypern durch türkische Truppen bisher stillschweigend als Stolperstein übergangen haben. Auch bestehen in der Türkei noch immer erhebliche Probleme bei der Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte sowie bei der Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Gleichwohl besteht auch aus unserer Sicht ein großes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und an einer engeren Anbindung der Türkei an die Europäische Union. Dieses Ziel kann unserer Auffassung nach auf dem Weg einer Privilegierten Partnerschaft am besten erreicht werden. Innerhalb dieser Partnerschaft können wir die demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, mit der wir verteidigungs- und sicherheitspolitisch ohnehin im Rahmen der NATO freundschaftlich verbunden sind, nach Kräften fördern.

Zu bedenken ist schließlich, dass Verhandlungen mit der Türkei, die allein eine Vollmitgliedschaft zum Ziel haben, die angestrebte enge Anbindung der Türkei an die EU erschweren könnten. Sollte sich nämlich im Verlaufe der Verhandlungen zeigen, dass die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft seitens der EU oder der Türkei nicht gegeben sind, würde es an einer realistischen Alternative fehlen. Im Übrigen möchten wir darauf hinweisen, dass die Ratifizierung des Beitritts der Türkei in einigen Mitgliedstaaten einer vorherigen Volksbefragung bedarf, die angesichts der Skepsis der Bürgerinnen und Bürger gerade zu diesem Thema erneut größere Probleme aufwerfen würden. Beides würde schwerwiegende Konsequenzen für das künftige Verhältnis der Türkei zur Europäischen Union nach sich ziehen.

Aus diesem Grund möchten wir Sie bitten klarzustellen, dass der Verhandlungsrahmen auch die Perspektive einer Privilegierten Partnerschaft mit der Türkei umfasst.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Dr. Edmund Stoiber